

Interview mit André Schläfli, Direktor SVEB

«Der Stellenwert der Weiterbildung ist gestiegen»

bbaktuell 206 vom 27. November 2007

André Schläfli leitet seit 15 Jahren die Geschäftsstelle des Schweizerischen Verbandes für Weiterbildung SVEB. In dieser Zeit hat der SVEB seine Aktivitäten stark erweitert. Demgegenüber haben sich die Rahmenbedingungen der Weiterbildung nur partiell weiterentwickelt. Dabei bleibt so manche innovative Idee trotz guter Anfänge auf der Strecke, berichtet Schläfli bbaktuell.

bbaktuell: Seit fünfzehn Jahren sind Sie Direktor des Schweizerischen Verbandes für Weiterbildung (SVEB). Welches sind in dieser Zeitspanne aus Ihrer Sicht die wichtigsten Veränderungen?

André Schläfli: Auf den ersten Blick hat sich an der Situation der Weiterbildung insgesamt wenig geändert. Die Teilnahmequoten stagnieren. Bei den Rahmenbedingungen hat es zwar Veränderungen gegeben, diese haben aber nicht zu wesentlichen Verbesserungen für den Weiterbildungsbereich geführt.

Für den SVEB als Dachorganisation hat sich aber doch einiges verändert. Die Ausbildung der Auszubildenden ist heute wesentlich strukturierter und stärker professionalisiert als vor 15 Jahren. Inzwischen haben über 150 akkreditierte Organisationen insgesamt 15'000 SVEB-Zertifikate ausgestellt, 4000 Personen haben einen eidgenössischen Fachausweis als Ausbilder/in erworben. Erfolgreich verlaufen ist auch der Aufbau des Qualitätslabels eduQua, dessen Geschäftsstelle bei uns im SVEB angesiedelt ist. Mittlerweile wurden rund 850 Weiterbildungsinstitutionen eduQua-zertifiziert.

Generell ist das Bewusstsein für den Stellenwert der Weiterbildung spürbar gestiegen. Studien diver-



ser Organisationen - von der Unesco über die OECD bis zum Bundesamt für Statistik (BFS) - räumen der Weiterbildung heute mehr Platz ein als noch vor einigen Jahren. Auch beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) oder bei der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat sich die Auseinandersetzung mit der Weiterbildung intensiviert. Grundsätzlich wird die Weiterbildung heute als wichtiger Teil des Bildungssystems anerkannt. Auf politischer Ebene und bei der finanziellen Förderung gilt dieser Bereich aber immer noch nicht als gleichberechtigter Zweig neben der Grund-, Berufs- und Tertiärbildung.

Was sind Ihre Highlights?

Seit dem letzten Jahr ist die Weiterbildung in der Bundesverfassung verankert. Auch das ist ein Meilenstein. Einen massgeblichen Anteil an diesem Erfolg hatte das «Forum Weiterbildung Schweiz», in welchem Bund, Kantone, die Sozialpartner und

Weiterbildungsanbieter mitwirken. Zurzeit sind beim Bund die Vorbereitungen für ein neues Weiterbildungsgesetz in Gang. Der SVEB verfolgt diese Entwicklung sehr genau und engagiert sich für ein griffiges Gesetz. Ob das Gesetz tatsächlich zur erhofften Verbesserung der Rahmenbedingungen führen wird, lässt sich zurzeit nicht einschätzen.

Vor fünfzehn Jahren betrug der Umsatz beim SVEB eine Million Franken. Jetzt verfügen wir über weitere zwei Millionen, die wir zusätzlich über Dienstleistungen und Projekte selbstständig akquirieren.

Die aktuellen Projekte lassen sich in vier thematische Schwerpunkte zusammenfassen: Unternehmen und Weiterbildung; Förderung von wenig qualifizierten Personen; Professionalisierung der Erwachsenenbildung; Sensibilisierung für die Weiterbildung.

In einigen Bereichen – so bei der Förderung der wenig Qualifizierten oder im Tätigkeitsfeld «Kultur und Erwachsenenbildung» – profitieren wir auch von der EU, welche bei den Grundtvig-Projekten ein offeneres Verständnis von Weiterbildung hat als die Schweiz.

Ein weiteres Highlight ist das Lernfestival, welches wir nächstes Jahr zum fünften Mal durchführen. Insgesamt organisieren regionale und lokale Veranstalter 300 bis 500 Veranstaltungen in allen Sprachregionen der Schweiz. Die Kantone erhalten dafür teilweise Unterstützung durch den Bund. Auf nationaler Ebene wird die Öffentlichkeit auf die Weiterbildung aufmerksam gemacht.

Der SVEB ist sehr heterogen zusammengesetzt. Ist da eine einheitliche bildungspolitische Linie überhaupt möglich?

Die seit 1997 bestehenden bildungspolitischen Grundsätze haben wir 2006 überarbeitet und neu aufgelegt. Anfangs dieses Jahres haben wir dazu eine Umfrage bei den Mitgliedern durchgeführt. Diese hat klar gezeigt: Die Mitglieder stehen hinter den bildungspolitischen Grundsätzen. Bezüglich grundlegender Strategien gibt es keine grossen Unterschiede zwischen staatlichen und privaten Weiterbildungsanbietern. Unbestritten ist auch die Orientierung am integralen Weiterbildungsbegriff und am Kompetenzbegriff. Konkret bedeutet das unter anderem: Neben formalen Qualifikationen sollen über Gleichwertigkeitbeurteilungen (Validation des acquis) informell erworbene Kompetenzen ebenfalls berücksichtigt werden. Davon könnten übrigens nicht nur die Einzelnen, sondern auch Betriebe profitieren.

Dr. phil. André Schläfli, Jg. 1950, hat als Berufsberater und Projektleiter an der Universität Freiburg/Schweiz gearbeitet. Am Universitätsspital in Zürich war André Schläfli als Neuropsychologe tätig, anschliessend war er Leiter der Management- und Lehrlingsausbildung in der UBS.

Seit 1992 ist er Direktor des Schweiz. Verbandes für Weiterbildung (SVEB). Zudem ist er Vizepräsident des Europäischen Verbandes der Erwachsenenbildung (EAEA). Adresse: Oerlikonerstrasse 38, 8057 Zürich, andre.schlaefli@alice.ch

Aber natürlich gibt es in einem so heterogenen Verband auch Divergenzen. Am grössten sind die Unterschiede, wenn es um die Positionen bezüglich Finanzierung der Weiterbildung geht. Hier gibt es auch im Hinblick auf das neue Weiterbildungsgesetz noch einiges zu diskutieren. Unsere Umfrage hat aber gezeigt, dass es auch in Finanzierungsfragen durchaus möglich ist, sich auf einzelne, konkrete Anliegen zu einigen. So besteht beispielsweise unter den SVEB-Mitgliedern ein breiter Konsens dafür, dass nachfrageorientierte Finanzierungsinstrumente – wie der individuelle Bildungsgutschein – entwickelt werden sollten.

Haben Sie in den fünfzehn Jahren als Direktor des SVEB auch Enttäuschungen erlebt?

Die grösste Enttäuschung ist für mich die Tatsache, dass Entwicklungen in der Bildungspolitik und im Bildungssystem sehr lange dauern – nicht selten so lange, dass am Ende, wenn es endlich an die Umsetzung geht, von der Vision und den innovativen Impulsen wenig übrig bleibt. Eine weitere Enttäuschung liegt darin, dass es bisher nicht gelungen ist, in der Weiterbildungspolitik und in der Förderung der Weiterbildung die erwünschte Kontinuität und Nachhaltigkeit zu erreichen.

Als Beispiel für diese Schwierigkeiten möchte ich die Modularisierung nennen. Der Aufwand war hoch, bis dieses Modell, das sich sehr gut in die Weiterbildungslandschaft Schweiz einpasst, realisiert werden konnte. Schliesslich engagierten sich zahlreiche Anbieter, Organisationen und Verbände, und auch der Bund, insbesondere das BBT, für das Baukastensystem. Es wurden Angebote weiterentwickelt, vernetzt, aufeinander abgestimmt, die Transparenz und die Durchlässigkeit wurden verbessert. Dabei entstand ein produktives, offenes Klima der Kooperation und Vernetzung. Diese Dynamik scheint heute verloren zu gehen. Modulare Angebote gibt es natürlich weiterhin, aber die Offenheit und die Vernetzung nehmen ab, die traditionellen Prüfungen gewinnen an Terrain gegenüber dem Grundsatz «wer lehrt, der prüft».

Damit opfert man letztlich einen Teil des innovativen Potenzials – wenn nicht gar die Seele des ganzen Modells. So geht es vielen Anliegen im Weiterbildungsbereich.

Bei solchen Entwicklungen geht viel an Energie und Enthusiasmus verloren – Energien, die wir gut gebrauchen könnten, um das Weiterbildungssystem so weiterzuentwickeln, dass es den künftigen Anforderungen in der Schweiz und im europäischen Kontext genügt. Aber wir werden natürlich nicht aufgeben. Schliesslich engagierte sich der SVEB schon vor 40 Jahren für ein nationales Weiterbildungsgesetz und die Gleichwertigkeitsbeurteilungen (validation des acquis). Und in ein paar Jahren werden wir eines haben, das BBT hat ein grosses Projekt für individuelle Anerkennungsverfahren gestartet. Das Engagement ist also nicht umsonst.

Nachholbildung, Förderung benachteiligter Gruppen und Chancengleichheit haben für Sie einen hohen Stellenwert. Bei der Mitgliederumfrage 2005 standen demgegenüber Bildungspolitik, professionelle Ausbildung der Ausbildenden und Validierung an erster Stelle. Besteht da ein Widerspruch?

Nein, die Bildungspolitik schliesst das Engagement für wenig qualifizierte Gruppen mit ein. Das Thema hat eine hohe Priorität und wird in einem sehr heterogenen bildungspolitischen Umfeld diskutiert. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf die Bildungsarbeit mit Erwerbslosen hinweisen.

Darüber hinaus sind zahlreiche ehrenamtliche Organisationen in der Qualifizierung benachteiligter Gruppen aktiv. Der Versuch, diese Aktivitäten zu professionalisieren, erzeugt zwiespältige Reaktionen: Einerseits wird die Unterstützung geschätzt, andererseits befürchten manche Organisationen, ihre Identität zu verlieren. Zudem findet ein harter Kampf um die knappen Mittel statt. Um wirkliche Fortschritte erreichen zu können, bräuchten wir einige Millionen Franken.

«Wenig qualifizierte Menschen sind ohnehin nicht motiviert» – diese Behauptung bleibt falsch, auch wenn sie immer wieder aufgetischt wird. Länder wie Schweden oder Schottland liefern den Gegenbeweis. Dank klarer Strategie gelingt es dort, bei 200'000 bis 300'000 Personen elementare Qualifikationen nachzuholen.

Gibt es etwas, das Sie abschliessend hervorheben möchten?

Ja, die intensive Zusammenarbeit innerhalb der EU hat uns weitergeholfen und zahlreiche Impulse gegeben. Als langjähriger Vizepräsident des europäischen Verbandes hatte ich Gelegenheit, selber einiges mit zu beeinflussen, beispielsweise beim Programm «Lebenslanges Lernen». Das sind spannende und erfreuliche Erfahrungen.

Die Fragen stellte Viktor Moser, viktor.moser@bluewin.ch.
Layout wt